

ANTRAG

der Fraktion der NPD

**Jugend im Land fördern:
„Berufsausbildungszulage Mecklenburg-Vorpommern“ einführen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Mecklenburg-Vorpommern eine Ausbildungszulage für Berufsauszubildende einzuführen.
2. Diese Ausbildungszulage soll generell und somit unabhängig von der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gewährt werden. Zulageberechtigt sind alle Auszubildenden in der beruflichen Erstausbildung in Mecklenburg-Vorpommern. Auszubildende sollen so monatlich mindestens die nachstehende Bruttogesamtvergütung erzielen: 1. Lehrjahr 500,00 Euro, 2. Lehrjahr 550,00 Euro, 3. bzw. 4. Lehrjahr 600,00 Euro. Die Höhe der Zulage soll alle 5 Jahre überprüft und ggf. angeglichen werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Mit der direkten Auszahlung der „Berufsausbildungszulage Mecklenburg-Vorpommern“ an den Auszubildenden können extrem unterdurchschnittliche Ausbildungsvergütungen anteilig abgedeckt werden.

Die Ausbildungsvergütungen der unterschiedlichen Branchen weichen teilweise extrem voneinander ab. Durch die Berufsausbildungszulage kann die Attraktivität der Lehrberufe mit niedrigen Ausbildungsvergütungen erhöht werden. So können entsprechende Fachkräfte herangebildet werden, die schon jetzt dringend gebraucht werden. Damit sind auch Anreize für junge Deutsche verbunden, nach Mecklenburg-Vorpommern zu ziehen, um hier ihre Ausbildung zu absolvieren, womit auch der Vergreisung der Bevölkerung entgegengewirkt wird.

Auch weil es sich das Land Mecklenburg-Vorpommern zum Ziel gesetzt hat, dass in unserem Bundesland gerechte Löhne gezahlt werden, ist eine Ausbildungszulage zum jetzigen Zeitpunkt geradezu unausweichlich.